

Mehr amerikanisches Rindfleisch für Europa

Die Europäer dürften bald mehr US-Rindfleisch essen. US-Präsident Donald Trump hat am Freitag mit EU-Vertretern ein neues Handelsabkommen unterzeichnet, das fixe Quoten für US-Rindfleischimporte vorsieht.



Das ist ein bedeutender Erfolg für unsere amerikanischen Landwirte, Farmer und natürlich auch die europäischen Verbraucher, jubelte Trump, denn unser Amerikanisches Rindfleisch wird als das Beste der Welt angesehen. Der Wert der zollfreien Rindfleischexporte werde wegen des Abkommens im Lauf der nächsten sieben Jahre von rund 150 Millionen US-Dollar (rund 136 Millionen Euro) auf etwa 420 Millionen Dollar ansteigen, erklärte die US-Regierung kürzlich. Die EU-Kommission hatte diesen Deal bereits Mitte Juni angekündigt und verkündet, dass künftig Teile des globalen

Einfuhrkontingentes von jährlich 45.000 Tonnen fest für US-Anbieter reserviert werden sollen. Innerhalb von sieben Jahren soll der US-Lieferanteil nun auf 35.000 Tonnen pro Jahr steigen. Nur noch 10.000 Tonnen würden dann aus anderen wichtigen Lieferländern wie Argentinien und Uruguay kommen.

Es gilt allerdings: Das Abkommen muss vom EU-Parlament noch final und offiziell bestätigt werden, die Zustimmung gilt bei den Experten jedoch als relativ unproblematisch. Vertrag hin oder her, am Ende entscheiden natürlich die Konsumenten in Europa. Kein Vertrag kann den Verkauf oder auch den Ankauf von Rindfleisch erzwingen. Experten zufolge ist das US-Rindfleisch jedoch in Bezug auf Qualität und Preis leider sehr konkurrenzfähig, weshalb eine Ausschöpfung der zollfreien Exportquote wahrscheinlich erscheint. Zudem erklärte die EU kurz nach Bekanntgabe des Vertrags, Qualität und Sicherheit des importierten Rindfleisches werde weiterhin den strengen EU-Standards entsprechen.

Das Einlenken der EU beim Thema Rindfleisch gilt als ein Grund, warum sich Trump im vergangenen Sommer bereit erklärte, den schwellenden Handelskonflikt mit der EU vorerst ruhen zu lassen und daraufhin auch zusagte, in der nächsten Zeit keine weiteren Sonderzölle auf Autos oder andere Waren aus der Europäischen Union einzuführen. Zölle auf Autoimporte würden vor allem auch deutsche Hersteller treffen, für sie ist Nordamerika ein wichtiger Absatzmarkt. Der damals von der EU ausgehandelte Deal sieht auch vor, dass Europa den Import von Soja und Flüssiggas aus den USA fördert.

Trump ist beim Thema Welthandel für seinen aggressiven Kurs bekannt. Erst am Donnerstag hatte er mangels eines Handelsabkommens plötzlich über seine **Twitter**-Seite eine neue Strafzölle von 10 Prozent auf Importe aus China im Wert von 300 Milliarden US-Dollar angekündigt. Bei der Unterzeichnung am Freitag kokettierte Trump auch mit seiner harten – manche sagen ja auch: unberechenbaren – Haltung in Handelsfragen. Er erklärte lapidar, die USA würden an einem Abkommen arbeiten,

in dem sich die EU dazu bereit erklären werde, 25 Prozent auf Autos von Mercedes Benz und BMW zu zahlen, die in die USA eingeführt würden. Die USA wussten das zu schätzen, sagte der Republikaner und schob im nächsten Moment hinterher: War nur ein Witz. Trump bezog sich dabei offensichtlich auf Einfuhrzölle ein Thema, das ihm seit langem ein Dorn im Auge ist. Auf Nachfragen bekräftigte Trump, dass Autozölle weiterhin möglich seien. Autozölle gegen die EU sind niemals vom Tisch, betonte der umstrittene Präsident. Wenn er nicht bekomme, was er wolle, werde er keine andere Wahl haben.

Brüssel und Washington verhandeln derzeit um den Abschluss eines umfassenden Handelsabkommens. Gerade beim Thema Landwirtschaft gehen die Vorstellungen allerdings noch weit auseinander die EU würde den Industriezweig am liebsten ganz ausklammern. Bis November sollte es eine Einigung geben was Experten allerdings für kaum realistisch halten. Das Handelsvolumen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten, inklusive Dienstleistungen, betrug nach US-Angaben 2018 rund 1,3 Billionen Dollar. Für die USA sind die EU-Länder zusammengenommen der wichtigste Exportmarkt. Die EU wiederum ist laut US-Handelsbehörde der zweitgrößte Importeur von Waren und Dienstleistungen in die USA.

Es gibt verschiedene Streitigkeiten bei den Handelsbeziehungen der USA mit der EU. Im Juli hatte Trump Frankreich wegen der Einführung einer Digitalsteuer, die unter anderem amerikanische Internetkonzerne betrifft, mit Vergeltungsmaßnahmen gedroht. Zudem gibt es seit Jahren Streitigkeiten wegen angeblich unzulässiger Subventionen für den europäischen Luftfahrtkonzern Airbus, der mit Boeing konkurriert.

Besuchen Sie uns auf: fleischundco.at